



## Vorlage Stadtparlament

vom 11. August 2015

Nr. 3322

152.15.13 Stadtparlament: Einfache Anfragen

### **Einfache Anfrage Christian Neff: Was kostet die neue Billag-Mediensteuer den St.Galler Steuerzahler?; Beantwortung**

Am 18. Mai 2015 reichte Christian Neff die beiliegende Einfache Anfrage betreffend "Was kostet die neue Billag-Mediensteuer den St.Galler Steuerzahler?" ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

Das Schweizer Stimmvolk hat am 14. Juni 2015 die Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG) knapp angenommen. Das teilrevidierte Gesetz soll voraussichtlich Mitte 2016 in Kraft treten. Der Wechsel auf das neue Abgabesystem wird nach den Mitteilungen des Bundesamtes für Kommunikation (BAKOM) aber erst ca. zwischen Mitte 2018 und anfangs 2019 eingeführt werden, wenn die Ausführungsbestimmungen des Bundesrats erlassen sind und in einem öffentlichen Ausschreibungsverfahren die neue Erhebungsstelle bestimmt ist. Die Stadt St.Gallen zahlt nach der bisherigen gesetzlichen Regelung Gebühren für gewerblichen bzw. kommerziellen Empfang an unterschiedlichen Standorten. Die Anzahl Geräte spielt nur bei kommerziellem Empfang (für Kundschaft oder andere Aussenstehende) eine Rolle; grundsätzlich ist die Gebühr pro Standort eines Betriebs geschuldet, unabhängig von der Zahl der Geräte. Insgesamt zahlt die Stadt heute rund CHF 21'000 an Gebühren.

Abgabepflichtig sind künftig Unternehmen, wenn sie den vom Bundesrat festgelegten Mindestumsatz in der im vorangegangenen Kalenderjahr abgeschlossenen Steuerperiode nach Artikel 34 des Mehrwertsteuergesetzes vom 12. Juni 2009 (MWSTG) erreicht haben (Art. 70 Abs. 1 des revidierten RTVG). Als Unternehmen gilt, wer bei der Eidg. Steuerverwaltung ESTV im Register der mehrwertsteuerpflichtigen Personen eingetragen ist. Das Gesetz kennt keine besonderen Regelungen für öffentliche Verwaltungen. In der Stadt St.Gallen



fallen verschiedene Einheiten für sich unter diese Definition (z. B. sgsw, VBSG), da sie über eigene MWST-Nummern verfügen.

Die Ausführungsvorschriften des Bundesrats, welche unter anderem die Höhe der Abgabe bestimmen werden, sind noch nicht bekannt, weshalb Aussagen über die künftige Abgabenhöhe mit Vorsicht zu geniessen sind. Orientiert man sich aber an den Zahlen, die in der Botschaft zur Teilrevision (BBI 2013 4975) genannt sind, und werden die vorstehend erwähnten Einheiten innerhalb der Stadt als eigene Unternehmen behandelt, dürfte die Stadt ab Inkrafttreten der neuen gesetzlichen Regelung mit jährlich insgesamt rund CHF 52'000 an Abgaben belastet werden.

Die Stadt wird aber bemüht sein, die Abgabenhöhe zu optimieren, was aber erst nach Vorliegen der Ausführungsbestimmungen möglich wird. Dass auch der Bundesrat das Problem erkannt hat, zeigt sich im Interview von Frau Bundesrätin Leuthard in der NZZ vom 14.6.2015, wonach insbesondere für Firmen, die mit mehreren Mehrwertsteuernummern (also auch die Stadt) abrechnen, Lösungen gesucht würden.

Der Stadtpräsident:  
Scheitlin

Der Stadtschreiber:  
Linke

Beilage:  
Einfache Anfrage vom 18. Mai 2015

